

Di, 2015-02-03, 12:22

EU Energie Klima

EU-Abgeordnete: Pläne der EU-Kommission zur Energieunion zu vage

Wenn EU-Kommissionsvertreter über Pläne zur Energieunion sprechen, klingt das nach einem großen Wurf. Stimmt das? Eine SPD-Politikerin schüttelt den Kopf. Bisher Bekanntes reiche nicht aus, meint sie. Nötig sei der Fokus auf nachhaltige Energien und Energieeffizienz.



Die SPD-Europaabgeordnete Martina Werner steht am 10. Juli 2014 in einer Halle des Brüsseler Europaparlaments. Die Deutsche ist im Mai 2014 erstmals in die EU-Volksvertretung gewählt worden, sie ist Mitglied im Industrieausschuss. Foto: Wolf von Dewitz, dpa

Credit: dpa

Brüssel (dpa Insight) - Bei ihrer Strategie zur langfristigen Energiepolitik droht sich die EU-Kommission nach Einschätzung einer Europaabgeordneten im Belanglosen zu verlieren. Bisher bekannte Pläne seien viel zu vage, klare Akzente seien nicht erkennbar, sagte die SPD-Europaabgeordnete Martina Werner dpa Insight EU. Sie bezog sich damit auf das Strategiepapier zur Energieunion, das am 25. Februar 2015 vorgestellt werden soll. Die Federführung hierzu hat der Vizepräsident der Kommission Maros Sefcovic, er hatte sein Vorhaben kürzlich im Industrieausschuss des EU-Parlaments in Grundzügen erklärt. Werner ist Mitglied des Ausschusses.

Die Sozialdemokratin ist unzufrieden mit dem Sefcovic-Auftritt. «Es wurden so viele angebliche Schwerpunkte benannt, dass man schon den Eindruck hat, das Thema ist viel zu breit angelegt und verliert sich im Ungefähren.» Sefcovic hatte fünf «Säulen» vorgestellt, etwa die forcierte Vollendung des Binnenmarkts, eine geringere

Energieimportabhängigkeit der EU sowie mehr Forschungsinvestitionen in nachhaltige Technologien.

Ecken und Kanten erwünscht

Werner begrüßt solche Ansätze, die in der EU-Energiepolitik aber ohnehin seit langem verwurzelt sind. Zugleich vermisst die Abgeordnete ein klares Profil der Strategie. «Es scheint, als ob die EU-Kommission etwas machen will, ohne jemanden zu verprellen.» Solch eine Strategie ohne Ecken und Kanten würde niemanden weiterbringen, so Werner.

Die Energieunion ist ein Vorzeigeprojekt der EU-Kommission von Jean-Claude Juncker. Die Behörde will die bisherige Zersplitterung der europäischen Energiepolitik in 28 nationale Vorgehensweisen beenden. Außerdem soll die heimische Energieerzeugung verstärkt werden. Dies verstehen Polen als Aufruf zu Nutzung der CCS-Technologie, also der Abscheidung und Verpressung von CO<sub>2</sub> an Kohlekraftwerken (Schlagwörter: «saubere Kohle»), Briten sehen das als grünes Licht zur Schiefergas-Förderung und Deutsche und Dänen als Wink, weiter auf Erneuerbare Energien zu setzen.

Schwerpunkt auf nachhaltige Energien und Energieeffizienz gefordert

Die SPD-Parlamentarierin Werner fordert von der EU-Kommission, dass sie in ihrem Strategiepapier den Ausbau von erneuerbaren Energiequellen als Königsweg angibt und dem enormen Potenzial der Energieeffizienz gerecht wird. Bisherige Reden von Sefcovic lassen jedoch vermuten, dass auch künftig ein großer Interpretationsspielraum belassen wird, wie der Begriff der Energieunion unter dem Gesichtspunkt der Strom- und Wärmeerzeugung von den Mitgliedstaaten ausgelegt werden kann.

«Ein klares Zeichen und ambitionierte verbindliche Zielsetzungen wären gut, damit sich die Investoren in ganz Europa darauf einstellen können, wo künftig die Reise hingeht», sagte Werner. Mit einem Text, der von jedermann unterschiedlich ausgelegt werden könnte, wäre hingegen niemandem geholfen.

Werner hofft darauf, dass die EU-Kommission der Subventionierung fossiler Energieträger einen Riegel vorschiebt. Jeder Euro, der in die Erforschung der CCS-Technologie oder der Schiefergas-Förderung gesteckt wird, sei letztlich verlorenes Geld, meint Werner. «Die EU-Kommission muss klarmachen, dass fossile Energieträger Auslaufmodelle sind.» Investitionen in CCS oder Schiefergas seien überflüssig.

Besser wäre es, die staatlichen Mittel in die effiziente Nutzung nachhaltiger Quellen zu fokussieren sowie in den Ausbau der Netze zu stecken. Nur so könnte die Vision eines vollendeten Binnenmarkts mit hürdenfreiem Energiefluss quer durch Europa Wirklichkeit werden, argumentierte Werner. Auch die Erforschung besserer Speicher wäre eher nachrangig, verglichen mit dem Bau eines europaweiten Energienetzes. «Wenn deutsche Windmühlen mangels Wind kaum Strom produzieren, könnte das mit Solarstrom aus Spanien ausgeglichen werden - das wäre eine Art natürlicher Speicher», so die SPD-Politikerin.

Kommissionsvorhaben zu Kapazitätsmärkten

Vermutlich in der zweiten Jahreshälfte will die EU-Kommission ein weiteres Strategiepapier vorlegen, das sich mit der Schaffung von Kapazitätsmärkten im Einklang mit dem Binnenmarkt beschäftigt. In Kapazitätsmärkten wird nicht ausschließlich nach der Strommenge bezahlt, wie dies in «Energy Only»-Modellen der Fall ist, sondern auch nach dem bloßen Bestand von Kraftwerken - so würden Betreiber Geld bekommen, damit sie Anlagen betreiben, die im Notfall zügig hochgefahren werden könnten.

Werner ist es wichtig, solche Kapazitätsmärkte - wenn sie kommen sollten - nicht rein national auszurichten. Nur ein grenzübergreifendes Kapazitätsmodell ist nach Ansicht der Sozialdemokratin sinnvoll, weil es nicht gegen die Prinzipien des Binnenmarkts verstoße und zu einer Renationalisierung der Energiepolitik führen würde.

Polen erzeugt etwa 90 Prozent seines Stroms aus Braun- und Steinkohle. Werner äußerte Verständnis, dass Warschau die EU-Klimapolitik aus Sorge vor Kosten skeptisch sieht. Man müsse mit den Polen einen fairen Dialog führen, in dem man ihnen sowohl Unterstützung zubilligt als auch klarmacht, dass ihr bisheriger Weg der Energiepolitik nicht der richtige sei, sagte Werner. «Die Polen müssen schlüssig erklären, wie sie ihre Abhängigkeit von fossilen Energieträgern verringern wollen.» Bisher fehle es Warschau noch an Entschlossenheit, als der Kohleverstromung herauszukommen.

sent as: ieu 1149, 2015-02-03, 10:35

Source: dpa

Copyright: dpa